

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 7

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Das sozialpolitische Programm der deutschen Gewerkschaften. — „Die Welt — die Wäblingen!“  
**Das Buchgewerbe im Ausland:** Österreich. — Dänemark.  
**Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht:** Wiederherstellung privater, durch den Krieg unterbrochener Familien- und Lebensversicherungen. — Erhöhung von Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten. — Familienunterstützung neben Kriegswohlfahrtsrenten.  
**Korrespondenzen:** Berlin (M., S.). — Schw.-Gmünd.  
**Handschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungswerte Beispiele. — Buchdrucker im Gerichtsdiens. — Materialbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe. — Verein der Deutschen Setzungs- und Druckereiamtler. — Verunglückt. — Papier aus Seeland. — Selbstbilder. — Ein „wachterer“ Oberbürgermeister. — Große Arbeitslosigkeit in Dänemark.

## Das sozialpolitische Programm der deutschen Gewerkschaften

Die Frage der politischen und sozialpolitischen Neugestaltung im neuen Deutschland nach dem Kriege beschäftigt die Arbeiterschaft aufs lebhafteste. Obwohl diejenigen Staatsmänner, die das Wort von der Neuorientierung der inneren Politik prägten, nicht mehr am Ruder sind, ist doch die Aufgabe der Neuorientierung geblieben als eine von der Reichsregierung selbst feierlich anerkannte Schuldverpflichtung, die ihrer Einlösung harret. Einige kleine Abschlagszahlungen darauf sind im Verlaufe der Kriegszeit bereits erfolgt, so die Betriebskassenverordnungen und die Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die das Bezugsalter für die Altersrente herabsetzt. Einige andre sind in Aussicht gestellt, wie die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, das Arbeitskammergesetz und die Reform des preussischen Wahlrechts. Aber den großen Komplex sozialpolitischer Fragen jedoch, die durch die Neugestaltung der inneren Politik aufgeworfen werden, ist noch keine Verständigung erzielt. Zu den dringlichsten Aufgaben der Gewerkschaften gehört es, die Regierung immer wieder an die Einlösung ihrer Verpflichtungen zu erinnern. Das ist um so nötiger, als die Hemmnisse, die der Neuorientierung aus einflussreichen Kreisen erwachsen, sich anscheinend stärker erweisen als der Wille der Regierung, zu helfen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Gewerkschaften nicht hinter der sozialdemokratischen Partei zurückbleiben, wo es sich darum handelt, die Forderungen der Arbeiterschaft nach sozialpolitischen Reformen programmatisch zusammenzufassen und es der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen, wie auch die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen.

Im Einverständnis mit der Konferenz der Verbandsvorstände hat die Generalkommission der Gewerkschaften die auf sozialpolitische Reformen abzielenden Forderungen zu einer Denkschrift vereinigt und diese den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten übermittlelt. Die Denkschrift, betitelt: „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften (Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm)“, wurde in der ersten Nummer des neuen Jahrgangs des „Korrespondenzblattes“ einer sehr eingehenden Besprechung unterzogen, der wir hier folgen. Die Denkschrift umfaßt in 18 Gruppen Forderungen, die sich erstrecken auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schiedsgerichte und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Fabrikinspektion, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Rechtsprechung, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolbetriebe,

die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung.

Eingeleitet wird die Denkschrift mit einem Hinweis auf die wiederholten Verheißungen der Reichsregierung, die eine sozialpolitische Neugestaltung in Aussicht gestellt haben. Dabei wird Bezug genommen auf die Zeugnisse vieler hervorragender Männer der Wissenschaft und Sozialpolitik, die während des Krieges in der Öffentlichkeit ein neues Deutschland, in dem auch der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung und die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche zuerkannt werden, eingetretten sind. Die Einzelforderungen des umfangreichen Arbeiterprogramms, das als Agitationschrift erscheint, weshalb darauf verzichtet werden kann, hier auf seinen Wortlaut einzugehen, finden eingehende Begründung.

Forderungen organisatorischer Art stehen voran. Ein Reichsarbeitsministerium soll alle Gebiete des Wirtschaftslebens und alle Arbeiterangelegenheiten umfassen. Das ihm angegliederte Reichsarbeitsamt ist als Verwaltungs-, Verwaltungs- und Entscheidungsbehörde gedacht. Außer Vertretern des Reiches und der Bundesstaaten sollen darin Vertreter von Unternehmern und Arbeitern mitwirken. Landes- und lokale Arbeitsämter sollen die Organisation ergänzen. Gefordert wird die Heranziehung befähigter Arbeiter zum Dienst in der sozialpolitischen Verwaltung.

Zwecks Schaffung einer geordnetem Arbeitervertretung wird die Forderung nach Arbeitskammern und obligatorischen Arbeiterausschüssen erhoben. Dann leitet das Programm über zum Organisations- und Tarifvertragsrecht. Bezüglich des Organisationsrechts werden folgende Forderungen erhoben:

Aufhebung aller das Recht der Vereinigung, der Arbeitsniederlegung, Sperrung von Betrieben und des Bonhoffs zum Zwecke der Serbeführung besserer oder zur Verteidigung bestehender Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Koalitionsverbote gegen Eisenbahn- und sonstige Staatsarbeiter und -angestellte, Seeleute, Landwirtschaftsarbeiter, Hauspersonal und gegen Arbeiter ausländischer Herkunft; gesetzliche Sicherung des Vereinigungs- und Streikrechts gegen behördliche und private Verbote und Beschränkungen. Ablehnung aller Streikkláuseln in Verträgen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen, und Verpflichtung der Unternehmer solcher Aufträge, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten anzuerkennen.

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertragsrechts wird eingehend dargelegt. Bis jetzt hängt die vollkommene Form des Arbeitsvertrags in rechtlicher Beziehung völlig in der Luft. Wo seine Gültigkeit nicht bestritten wird, erfährt der Tarifvertrag in der Rechtsprechung bestenfalls eine Duldung. Deshalb wird gefordert:

Rechtliche Anerkennung der zwischen unabhängigen Organisationen der Arbeiter bzw. Angestellten und der Unternehmer vereinbarten Tarifverträge, sofern solche bei einem zuständigen Einigungsamt unterzeichnet hinterlegt sind; Sicherstellung solcher Tarifverträge gegen private Abdingung; Erklärung der Tarifvereinbarungen als öffentliches Recht; Aufhebung aller nicht unmittelbarer aus dem Tarifverträge hervorgehenden Haftungsbestimmungen zum Nachteil der vertragschließenden Organisationen.

Die alte Forderung eines Reichseinigungsamts, zu dessen Entlastung besondere Landes- einigungsämter vorgelesen sind, wird von neuem erhoben.

Eingetretten wird ferner für die Vereinheitlichung des Arbeiterrechts, eine Forderung, der sich besondere Vorschläge angliedern über den Ausbau des Arbeiterschutzes. Die hauptsächlichsten Forderungen hierzu sind folgende:

Reichseinheitliche Regelung des Schutzes aller Arbeiter und Angestellten; gesetzliches Verbot jeder Gewerksarbeit von Kindern bis zum 15. Lebensjahr und jeder gesundheitschädlichen Beschäftigung von Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre sowie von Frauen; Verbot jeder Nacht- und Sonntagsarbeit für Kinder und Jugendliche; Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit auf ununterbrochene Betriebe und unabwiesbare Bedürfnisse der allgemeinen Volkswohlfahrt; Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages in Fällen, wo die Sonntagsruhe im öffentlichen Interesse nicht durchführbar erscheint. Freilassung des Sonnabendnachmittags für Frauen. Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitsstags von acht Stunden für Jugendliche und Frauen sowie von neun Stunden für alle erwachsenen Arbeiter und Angestellten mit stufenweisem Übergang zur Achtstundenschicht.

Zur Sozialversicherung werden u. a. die einheitliche Regelung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung sowie die Reichsarbeitslosenversicherung gefordert. Weiter verlangt die Denkschrift hinsichtlich der Rechtsprechung die Ausdehnung der Laienmitwirkung, d. h. von gewählten Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bzw. Angestellten, durch Schaffung von Arbeitsgerichten, die für alle Streitigkeiten aus Arbeits- und Dienstverträgen zuständig sein sollen. Dann wird eingegangen auf die Arbeitsvermittlung und den organischen Aufbau des Arbeitsnachweiswesens (öffentliche Nachweise für jeden Stadt- und Landkreis, Arbeitsnachweisämter für die Verwaltungseinheiten, Arbeitsnachweiszentrale des Reiches). Jede privatgewerbliche Stellenvermittlung soll verboten werden. Für das Genossenschaftswesen, das berufen ist, nach dem Krieg in wirksamer Weise am Aufbau der Volkswirtschaft teilzunehmen, wird die Aufhebung aller Erschwerungen und Beschränkungen gefordert, und hinsichtlich der Reichs-, Staats- und sonstigen Monopolbetriebe die Aufsicht durch das Reichswirtschaftsamt und Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung verlangt. Daran reißen sich die wirtschaftspolitischen Anregungen, bei denen der Abbau der Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte, Beseitigung der indirekten Steuern, der Einfuhrerhöhungen und der Ausschubprämien in erster Linie gefordert werden. Die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten neben den Unternehmern an der Wirtschaftspolitik durch gewählte Vertreter der unabhängigen Berufsverbände stellt eine weitere Forderung dar. Höchst aktuell scheinen uns die für die internationale Sozialpolitik aufgestellten Forderungen. Gelänge es, einen Teil davon in allen zivilisierten Ländern zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, durch internationale Verträge zur ausgleichenden Regelung der Arbeitsgesetzgebung in allen Staaten beizutragen, dann würde der von deutschen Unternehmern früher so oft erhobene Einwand, daß die hohen sozialpolitischen Lasten sie an der erfolgreichen Konkurrenz auf dem Weltmarkt hinderten, sich noch weniger stichhaltig erweisen als letzter. In den Vorschlägen über die Volksernährung wird auf die Aufhebung der Lebensmittelsölle und sonstigen Lasten auf Lebensmittel der Hauptwert zu legen sein. Für die Wohnungsfürsorge macht sich die Denkschrift alle wohnungsreformerischen Einzelforderungen zu eigen und verlangt den Erlass eines Reichswohnungsgegesetzes.

Schließlich befaßt sie sich noch mit Forderungen für Volkshygiene und Volkserziehung, für die ebenfalls Reichshilfe erstrebt wird.

Im Schlußwort der Denkschrift wird hervorgehoben, daß die sozialpolitischen Gewerkschaftsforderungen helfen sollen, das neue Deutschland der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse aufzubauen. Damit sei natürlich das Interesse der Arbeiterklasse an der Neugestaltung unserer Gesetzgebung bei weitem nicht erschöpft. Steuerfragen, Wehrpflicht und vor allem das Wahlrecht interessierten die Arbeiter in noch höherem Maße. Gerade das Wahlrecht sei die Voraussetzung für ihre Mitarbeit im Staatswesen und der Schlüssel zu den gesetzgebenden Körperschaften, von denen die Erfüllung der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen erwartet wird. Wörtlich heißt es dann u. a.:

Zwei Generationen der Arbeiterklasse sind in schweren Kämpfen um ihre Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft dahingegangen. Verfolgt und verstimmt bis kurz vor Ausbruch dieses Krieges, hatte sie eine breite Kluft des Hasses und des feindschaftlichen Kampfes von den herrschenden Klassen getrennt. Was sie aufrechterhielt in ihrem Vorse, das war die tiefe Liebe zu Volk und Heimat und der große Glaube an die edlen Kräfte der Menschheit. Der unfürm Land aufgedrungene Krieg hat die fremde Kluft zwischen den deutschen Volksgenossen überbrückt, und in der gemeinsamen Not erwuchs ein Stück Gemeinschaftsarbeit, das zu den besten Ergründungen dieses Krieges gehört. Viele Gemeinschaftsarbeit nach dem Kriege fortzuführen, ist der Wunsch der besten Führer unseres Volkes. Seine Erfüllung setzt voraus, daß die gemeinsame Not uns noch ein weiteres hinterlassen hat, eine Kameradschaft, die hoch und niedrig in gleichem Maß erfüllt, die keine Unterschiede des Standes und des Vermögens kennt und keine Verletzung der Gleichberechtigung duldet. Bewährt sich diese Kameradschaft im neuen Deutschland, beweist sie sich durch die Tat auch gegenüber den bisher Entrechteten und Enterbten, dann wird die Schicht des Mißtrauens schmelzen und ein Zusammenwirken aller Volksgenossen möglich sein. Wenn der Krieg vorüber ist, wird es natürlich ebenso Parteien und Klassenkämpfe geben wie früher. Denn, wie auch Herr v. Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1914 erklärte: „Ohne Parteien und ohne politischen Kampf kein politisches Leben, auch für das freieste und einigste Volk.“ Und wir legen hinzu: Ohne Interessengruppen der Unternehmer und Arbeiter und ohne Kampfkämpfe gibt es keine Tarifverträge, keine gemeinsame Ordnung der Arbeit. Aber von der Gewähr voller Gleichberechtigung hängt es ab, ob diese Kämpfe ausgefochten werden wie in den hinter uns liegenden Zeiten, oder ob sie ausgefochten werden wie zwischen Staatsbürgern, die sich als gleiche Teile des gleichen Volkes fühlen.

In die Hand des Staates ist es gegeben, diese Gemeinschaftsarbeit dauernd zu befestigen. In seiner Hand ruhen die Lose der Zukunft wie der Vergangenheit: das neue Deutschland, das die besten Denker und Führer der Nation aus diesem Krieg erleben, und das alte Reich, dessen Spuren der Krieg noch nicht getilgt hat. Mögen den Regierungen in dieser Zeitenwende die rechten Berater zur Seite stehen, die die Vergangenheit mit unbeugbarer Entschlußfähigkeit liquidieren und das Steuer auf die Zukunft, auf das neue Deutschland einstellen!

Es steht ein gewaltiges Stück Arbeit in der Aufstellung und Durcharbeitung des großzügigen sozialpolitischen Arbeitsprogramms der Gewerkschaften. Es gibt ein Bild des umfassenden Wirkungsgebietes der Gewerkschaftsbewegung, um die Arbeiter rechtlich und gesellschaftlich zu fördern und ihnen größeren Schutz zu gewähren zur Wahrnehmung berechtigter Interessen. Andererseits erinnert die als Agitationschrift zur Massenverbreitung gelangende Denkschrift die staatlichen Gewalten an vieles, was sie bisher zu tun verabsäumt und daran, mit den für die Zeit nach dem Krieg angekündigten sozialpolitischen Reformen sofort zu beginnen. Daß die Verwirklichung all der Forderungen nicht mit einemmal erreichbar ist, wird in der Denkschrift wiederholt betont, wenn hierin auch kein Freibrief liegen soll, sie in Gegenwarts- und Zukunftsforderungen einzuteilen.

Was will es gegenüber solcher von den berufenen Stellen in der Gewerkschaftsbewegung geleisteten praktischen Arbeit besagen, wenn sich gewisse Katastrophopolitiker immer wieder zwischen Massen und Führer zu drängen suchen, um Mißtrauen zu säen! Mit der Bekämpfung der sogenannten Inflationen oder Bevormundungspolitik bleiben jene Elemente doch nur an Fallbüchsen hängen, weil eben die Festandmachung von Arbeiterforderungen ebenso wie die Formen der Arbeitskämpfe von heute im Laufe der Entwicklung und unter dem Einflusse mächtig erstarkter Unternehmerverbände andre ge-

worden sind als vor Jahrzehnten, wo die meisten Gewerkschaften noch in den Kinderschuhen steckten. Unter dem Einflusse der wirtschaftlichen Entwicklung waren die Gewerkschaften gezwungen, sich in all ihren Befähigungen den jeweiligen Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Zeit anzupassen; also ein Zurückschrauben auf die primitiven Formen des Wirtschaftskampfes von ebendem erscheint ausgeschlossen. Doch dies nur nebenbei. Die Hauptbedingung für die Erfüllung der programmatisch festgelegten sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften liegt darin, daß der Wille der Arbeiter unausgesetzt darauf gerichtet bleibt. Viel zu lange schon hat die Regierung geögert, ihr Wort von der inneren Neuorientierung einzulösen. Nicht oft und kräftig genug kann sie daran erinnert werden, daß das, was die Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiete fordern, keinem Geschenk gleichkommt, auf das die Arbeiter wegen Wohlverhaltens Anspruch erheben können, sondern daß es ihr gutes Recht ist, für das sie kämpfen. H.z.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Die Frage der ungenügenden Vorbereitung des gewerblichen Nachwuchses behandelte vor kurzem der Leiter der Fachlichen Fortbildungsschule des Oremiums der Buchdrucker und Schriftsetzer in Wien in der „Österreichischen Faktorenzeitung“. Die Ausführungen gliedert in den folgenden Vorschlägen: 1. Strenge Erfüllung des Reichsschulgesetzes, das auch für die Behörden gilt; alle Obliegenheiten, zu denen auch die Einhaltung des Lehrplans gehört, sind treulich zu erfüllen; 2. Erstellung bezahlten Nachunterrichts an die aus welchen Gründen immer zurückbleibenden Schüler außerhalb der gewöhnlichen Schulzeit (während des Schuljahres); 3. Entlastung der Inspektoren in bureaukratischer Hinsicht, damit sie schon im Laufe des Jahres die tatsächliche Nachhilfebedürftigkeit fallweise überprüfen und die Nachhilfe sofort verfügen können. Die Schulleitungen hätten diese „Ausmusterungen“ jeweils vorzubereiten. Auf diese Weise könnte man alle normal entwickelten Kinder zur Erreichung des Bezugs der Volks- und Bürgerschule bringen, die nicht normal entwickelten aber hätten die Klasse unbedingt zu wiederholen, sei ihre Zahl auch noch so groß. In besonders schweren Fällen... 2. B. aus Altersgründen, würden sie einer fallweise zu bestimmenden besonderen, abschließenden Ausbildung zuzuführen sein. Die großen Aufgaben der kommenden Friedenszeit verlangen von den Schulbehörden gebieterisch, daß sie auf ihrem Posten stehen; die Vorbereitung des gewerblichen Nachwuchses muß unbedingt wieder besser werden.

**Dänemark.** Nachdem in der Provinz in der letzten Zeit verschiedene Stimmen laut geworden sind, daß die im Juli v. J. gewährten Steuererleichterungen nicht mehr der Zeit entsprechen, teilt der Geschäftsausich der Beihilfennummer mit, daß er die Zeitungsverlegerorganisationen in der Provinz sowie den dänischen Provinzbuchdruckerverein ersucht habe, im Januar zwecks erneuter Steuererleichterungen in Unterhandlungen einzutreten.

Der erst im September gewählte Vorsteher der Kopenhagener Abteilung, Wilhelm Wartenberg, ist am zweiten Weihnachtstage gestorben. Seine über große Nervosität führte zu einer Heilbesuchsanstalt, an deren Folgen er im Gemeindeparkkrankenhaus nun verstorben ist. Er wurde 48<sup>1/2</sup> Jahre alt und war die letzten zwölf Jahre Maschinenleiter in „Socialdemokraten“. Seine Beisetzung fand am Neujahrstag im Krematorium auf dem Bispebjerg-Friedhof unter großer Beteiligung statt.

Am 27. Dezember starb im Kopenhagener Gemeindeparkkrankenhaus der Faktor Karl Bruelsen. Er war bei der Firma F. G. Bording in Kopenhagen seit etwa 52 Jahren beschäftigt.

## „Sie Well, hie Waiblingen!“

Wie P. G. aus Essen, reißt sich auch Kollege J. K. aus Nürnberg in Nr. 140 v. J. der Glöde der Staatsbaumelster ein; auch er widmet sich den Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau der neuen Zeit. Dabei geht er ganz folgerichtig zu Werk: Er rückt nicht gleich mit Spaten und Pickel an, sondern hält die Jugründe bzw. Festlegung eines Bauplanes für das zunächst Notwendige, d. h. nicht eines schon bis auf den letzten Strich fertigen Planes. In Wirklichkeit sind das, was er aus seiner Mappe uns vorzeigt, nur Planstrichen, deren Zusammenfügung und Einpressung in ein ausführbares Ganzes er dem in Leipzig, Salomonstraße 8, etablierten Architektenbureau überläßt.

Was ist an solcher Geschäftseinteilung auszuweisen? Gar nichts! Soll der neue Bau kein buntes buntes, äußerlich und innerlich verholtes Fischwerk werden, dessen Mängel schon auf stundenweise Entfernung in die Augen springen, so ist es schon besser, wenn die Zahl der Künstler, die sich über die Ausgestaltungstrage ihre Köpfe zerbrechen, keine allzu große ist, und wenn die verwertungswahrgangenen Ideen auf ihre Verwirklichbarkeit von kundiger Hand zuvor geprüft werden. Nur so wird einige Garantie geboten

sein, daß der neue Bau sich in einem gefälligen Gewande präsentiert und seine Einrichtungen soweit als möglich dem Grade der Vollkommenheit sich nähern. Bei solcher Marktschichtung und solcher Marktschichtempo kann man unbedenklich mit von der Partie sein.

Nach Ansicht des Kollegen J. K. liegt zur Zeit noch keine Ursache vor, in untrübe Bautätigkeit überfunden zu machen: „Vieles ist noch ganz ungeklärt, alles aber, nur nicht spruchreif.“ Nicht ganz in Einklang zu bringen mit dieser zweifellos richtigen Auffassung ist indes die nur zwei Zeilen weiter unten zu findende Terminierung: „Wir aber haben jetzt praktische Gegenwartsarbeit zu leisten.“ Nun, so knifflig soll die Sache nicht genommen werden. Sagen wir deshalb entgegenkommend: Welches ist richtig!

Die praktische Gegenwartsarbeit kann Werte schaffen, die der Gegenwart und der Zukunft nützen, und so kann in der Ara der Ungeklärtheit und der Spruchdrelllosigkeit Vorbereitungsarbeit geleistet werden für die Zeit der Fülle, ungeklärt so, wie praktische Leute schon im Sommer auf die Instandsetzung der gegen die Winterkälte ins Treffen zu führenden Pelagarnitur bedacht sind.

Wenn wir das Beispiel derjenigen politischen Parteien nachahmen wollen, die in Würdigung des Sprichworts: „Die Vorlicht ist die Mutter der Weisheit“, die preuhliche Landtagswahlreform aus wohlüberlegten Gründen noch vor dem Kriegesende unter Dach und Fach zu bringen bestrebt sind, so werden auch wir auf daran tun, uns jetzt schon auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten, und zwar nach einer Richtung hin, welche Überlassungen und Entlassungen nicht zur Entfaltung, nicht zur Wirkung kommen läßt. Da aber kein Mensch mit Bestimmtheit sagen kann, was alles der Reform unterzogen werden soll, noch weniger, wie die Herren Doktoren diese Reformarbeit sich denken, so ist es natürlich gewagt, sich auf bestimmte Einzelgänger zu werfen. Allerdings gibt es Öffentliche, die über diese Sache besser als andre Sterbliche unterrichtet zu sein sich wenigstens den Anschein geben. Wer zu diesen gehört, wer im Besitz eines leineren Gedrbes und in der Zeichendeuterei auf beschlagen ist, sollte allerdings nunmehr auspacken, denn einmal werden sie ihr Wissen ja doch preisgeben wollen.

Wegen ungenügender Herbeischaffung von Baumaterial läßt sich nun gerechterweise gegen den Kollegen J. K. kein Vorwurf erheben; bedauerlich ist nur, daß er dabei mit ziemlicher Wahllöslichkeit zu Werke gegangen ist und alles: Steine, Eisen, Holz usw., dermaßen gestreut placiert hat, daß das zunächst und überhaupt Verwerfbar dem stehenden Auge das Erkennen sehr erschwert. Auch erschöpfend ist trotz des bekämpften Gebietes die Arbeit des Kollegen J. K. nicht, was kein Vorwurf sein soll. „Es ist halt zuviel für einen einzelnen Mann“, heißt es in „Altselberberg“.

Es möchte das, worüber wir uns in nächster oder fernerer Zeit eingehend zu unterhalten haben, in drei Hauptgruppen zerlegen sein: 1. Politisches, 2. Wirtschaftliches, 3. Gewerkschaftliches. Weil wir eine neutrale Gewerkschaft sind, weil unsere Mitglieder sich fast in ebenso viele politische Parteien verlieren, als deren bestehen, und weil endlich die Generalkommandos für die Erörterung politischer Fragen wenig Verständnis zeigen würden, kann der erste Punkt ausbleiben oder uns wenigstens nur informierend, nur insoweit beschäftigen, als er, was tatsächlich der Fall ist, Berührungspunkte aufweist mit den beiden andern Punkten, namentlich mit Nummer 2. Wechselseitig kann sich diese zweite Nummer der Beeinflussung, des Abhängigkeits von ihrer Vorgängerin nicht ganz entziehen. Und schließlich trifft dies auch zu auf die letzte des Trias. Deshalb ein für die Einsichten der Staatserhaltungskunst nicht das richtige Verständnis bestehender Mensch es nicht recht verstehen kann, daß er, wenn zu einer einigermassen wichtigen Frage in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen ist, zuvor eine Zweifels- oder Verteilung an sich vornehmen muß; genau muß er nachsehen, daß er in dem Umsage hinter dem richtigen „Tafel“ anhermarkiert.

Was dem großen Gärbocklich, in welchem zur Zeit noch alles im Embryonalstadium herumschwimmt, schließlich als lebensfähiges Gebilde entstehen wird, läßt sich, darin hat Kollege J. K. entschieden recht, augenblicklich nicht sagen, kaum vermuten. Was aber mit ziemlicher Sicherheit zu vermuten ist, dürfte sein, daß allzuviel aus der Umformung nicht herauspringen wird. Zu überflüssigen Hoffnungen liegt deshalb wohl kein Grund vor. Und was einerseits als genießbare Frucht des Krieges uns viellecht in den Schoß fällt, kann uns, in anderer Form gedacht, durch groß zufastende Hände wieder entziehen werden.

Für uns organisierte Buchdrucker wird als nächste und Hauptaufgabe zu betrachten sein, daß wir die Robnhöhe den wohlwissend auch nach dem Kriege noch lange andauernden, auf ihren alten Stand überhaupt oder doch nur vereinzelt wieder zurückgebenden Lebensmittelpreisen anzupassen suchen dadurch, daß die Lohnlage durch ihre Tarifierung in dem von uns verstandenen Sinne gesellschaftliche Kraft, Rechtschaffenheit erhält. Das heutige Provisorium der Kriegs- (Steuerungs-)zulage hat, wiewohl daselbst auf gleicher Rechtsbasis aufgebaut ist, verschiedentlich den bisherigen Vergleichsmach, als bei diese Zulage ein der Pflichtmäßigkeit nicht unterworfenen Gnadengeldchen, das weit davon entfernt ist, von freudiger Hand „gespendet“ zu werden. (Die Steuererleichterungen sind in jeder Beziehung eine Mißgabe; ihre Überführung in die Friedenszeit wird nach dem Beschluß des Tarifauschusses eine den herrschenden Verhältnissen genügen müßende tarifliche Angelegenheit sein. Red.)

Ob auch die Arbeitszeit einer Revision, natürlich nach unten, zu unterliegen sein wird, darüber wird wohl erst zu entscheiden sein, wenn sich überlegen läßt, ob die

aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen das Bedürfnis an Arbeitskräften decken oder ob sie umgekehrt, vom Regen in die Traufe kommend, dem kaiserlichen Heere kaum entlassen, sofort einem andern Heere, dem Heere der Arbeitslosen beitreten müssen. Das nach dem Kriege voraussichtlich wieder stärker pulsierende politische Leben und die mitunter erhebliche Richtung literarischer Lagerbestände werden auf diese Frage nicht ohne beeinflussende Wirkung sein.

Dann wird man darauf bedacht sein müssen, die Femininum sowohl als möglich wieder aus den Sesseln usw. hinauszubugieren. Es wird dabei, da es sich um das ganzere Geschlecht handelt, darauf zu sehen sein, daß die Galanterie nicht verfehlt wird. Als Barbaren werden wir uns nicht zeigen.

Wie wäre es, den Reformgedanken etwa auch damit sich beschließen zu lassen, ob den Tarifvereinbarungen (selbstverständlich auch in andern, in allen Berufen) nicht staatsgesetzliche Kraft und Verbindlichkeit zu verleihen sei? Hiermit würde zu verbinden sein der gesetzliche Zwang zur Organisationszugehörigkeit für alle Berufsangehörigen, wie in der Kranken-, Invaliditäts-, Alters- und Invalidenversicherung bereits Vorbilder bestehen. Auf diese Art würde auch am einfachsten die Fusion zwischen den großen Verbänden und ihren kleineren Verbänden sich vollziehen. Die politische oder religiöse Verdrängung der letzteren könnte und würde so weglassen; diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, bietet sich ja anderwärts Gelegenheit. Daß die Arbeitslosenfürsorge nicht länger mehr der gesetzlichen Regelung entbehren dürfte, ist wohl nur selbstverständlich.

Welcher bereits bestehenden oder erst zu gründenden Organisation die Aufgabe zugewiesen werden wird, die Vollstreckung des in gesetzlicher Form gegoltenen Versicherungs- bzw. Unterstützungsgedankens zu sein, kann vorläufig dahingestellt bleiben. Da unsere humanitären Vorrichtungen des gesellschaftlichen Charakters sich sehr entbehren, besteht voraussichtlich wenig Wahrscheinlichkeit, daß wir näher von der gedachten Neuordnung berührt werden. Immerhin ist nicht ausgeschlossen, daß auch wir einen Spritzer mit abbekommen könnten.

Am liebsten das geistige Rüstzeug anzuweisen, das in den bevorstehenden Kämpfen gute Dienste leisten könnte, empfiehlt Kollege J. K. das Mittel, auf welches juristisch zugreifen bei jeder andern Gelegenheit auch von anderer Seite nicht verfehlt wird: den regeren Versammlungsbesuch. Ich hoffe, nicht Gefahr zu laufen, vor ein Kegergericht geschleppt zu werden, wenn ich die Befähigung dieser Mitteilungsblätter nicht ohne weiteres, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen als den ersten Artikel des gesellschaftlichen Glaubensbekenntnisses ansehe. Es geht m. E. nicht an, den Versammlungsbesuch als Erkennungs- und Unterscheidungszeichen für einen tüchtigen Gewerkschafter zu bewerten, ohne, auch nach an andern, zu denken, nämlich daran, ob die Versammlungen auch wirklich das sind, was sie sein sollten, und so zu dem Verlangen berechtigt, von all denen beachtet zu werden, die nicht an Eidesstatt verlässen können, durch fristige Gründe abgehalten zu sein. Die Verpflichtung, die beim Vorliegen der an sich bedauerlichen Erscheinung des Versammlungsschwänzens an die Nichtanwesenden gehalten und hinterher im Versammlungsberichte wiederholt werden, sind im ersten Falle mit unrichtiger Adresse überschrieben und auch in letzterem Falle meist wirkungslos, dann nämlich, wenn der Adressat beim Lesen des Ruffels in stiller Eise das Gefühl der Beschämung und Schamrührung leicht unterdrücken kann. Versämler und ungenüßlicher wird die Sache schon, wenn der Versammlungsschwänger ob seiner Richtigkeit von eifrigen Gassenkollegen angerepelt wird, denen das gesellschaftliche Abse bei weitem nicht dermaßen gefällig ist wie dem ersten.

Um dem Verlangen läckenlosen Versammlungsbesuchs die hierzu berechtigende Grundlage zu schaffen und zu sichern, müßte zweckmäßig dafür gesorgt werden, dieselben überall, wo notwendig, auf ein höheres Niveau zu heben. Es betrifft dies sowohl die der Versammlung vorzuziehende „Stoff“ auch als die Art, wie letztere hinuntergeleitet wird. Gewerkschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen wandeln meist in keuchender Unübersichtlichkeit durch den Versammlungsraum; man geht diesbezüglichen Erörterungen gern aus dem Wege, streift sie nur insofern, als und wenn dies nicht zu umgehen ist, und dann kurz, aber nicht immer bündig. In der Kenntnis des Tarifs haben es viele schon so weit gebracht, daß sie genau wissen, daß das deutsche Alphabet 25 Buchstaben enthält; daran ist zu erkennen, welcher Grundlichkeit farbliche Erörterungen sich oft zu erfreuen haben. Dreht es sich um eine Unterstützungsangelegenheit, dann bekommt die Sache schon einen kräftigen Schwung; auf diesem Gebiet ist aus nachliegenden Gründen die Orientierung zwar etwas besser, aber selten hinlänglich genug. Kommt aber die Arrangierung eines Vergütigens auf das Tapet, dann öffnen sich die Schellen der Beredamtheit, dann wird des langen und breiten erörtert, ob die Damen in Weiß, die Herren in Schwarz zu erscheinen haben; dann steht man es zu einer Wissensfrage erhoben, ob Zivil- oder Militärmusik zu engagieren sei. Endlich ist der Punkt „Verschiedenes“ das Dorado für alle Witzfrauen und Klatschbuben. Was nicht schon vorher durchs Wasser gezogen, wird jetzt gründlich vorgenommen, aber darum nicht laubere. Als Behebungs- und Belebungsmoment steht man ab und zu in der Anschauung eines Vortrags wenigstens guten Willens; viel mehr aber nicht. Form und Ton der Debatten lassen manchmal auch zu wünschigen übrig; das Wort Kollegialität, das an einem Abende wohl hundertmal gehört werden kann, steht in Widerspruch mit den manchmal tiefsten Verhissen gegen Disziplin und Anstandsspflicht. Einer hitzigen Niederlassung, einem atemlichen Aroopag, der Pariser Sor-

bonne oder dem englischen Hause der Lords braucht eine Arbeiterverfassung nicht zu gleichen; auf einer höheren Warte dürfte sie aber doch stehen. Also auch hier den Hebel ansetzen, hier mit der Reform beginnen, damit Verdrängung und Erstüßung aus der Versammlung verschwindet. Dafür wirkliche gewerkschaftliche Schulung geleistet, damit so die Versammlungen nützlichbringend und genüßlich gemacht werden. Als letzte Arbeit soll sich dies niemand vorstellen. Den Unterricht lösend und hemmend drängt sich hier hervor, was unter andern Umständen als Tugend erscheint. Viele Kollegen sind nämlich von rührender Unpragmatischkeit und Beheltheit und von Neugierde ganz und gar nicht geplagt. Der Grund einer Erscheinung, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung in einem bestimmten Falle zu erforschen, lehrt sie nicht sonderlich an. Schreckensbilder und Unkuns hat es schon immer in unsern Versammlungen gegeben; bei entsprechender Behandlung sind diese aber bei weitem nicht so unerträglich wie der brüllende Querschnitt, der, nun einmal recht im Schwulst, die Versammlung zur Verzweiflung bringen kann. Man drückte sich früher etwas kürzer, wohl auch kräftiger aus, trat aber doch meist das Richtige. Beweist: unsere Institutionen, die nicht aus dem Boden herausgewachsen sind, sondern von den Alten Stills für Stills aufgebaut wurden. (Ein viel kürzerer Artikel darf nicht immer ein so ausgebreitetes Echo finden, denn der alles beherrschenden Raum mit jeder seinen Tribut zollen. Der Aufsatz von J. K. in Nr. 140 v. J. wie dieser Artikel von A. H. aus Freiburg sind aber gedankenhaltig und anregungsreiche Arbeiten, so daß im Ausnahmefall über des letzteren Länge hinweggesehen werden kann. Das früher schon unendlich behandelte Versammlungsweien findet untrug Trachtens eine kritische Beleuchtung, von der manches gefroren nach Saufe zu fragen ist, die jedoch die besseren Beispiele zu unbedeutend läßt. Red.)

Die Aberschrift des J. K.lichen Artikels deckt sich nur mit etwa einem Viertel desesben. Offenbar will er in diesem Abschnitt Stellung nehmen gegenüber dem Bestreben, auch „unabhängige Gewerkschaften“ ins Leben zu rufen, wie es bereits eine unabhängige Arbeiterpartei gibt. Unabhängig? Wer ist unabhängig? Niemand! Und wären es auch nur Leidenschaften, welche zwischen sich und uns das Abhängigkeitsverhältnis herstellen. Wer ohne Leidenschaft ist, bei dem bilden Zielstrebigkeit und Dafeinsinteresse verschwundene Erhaltungstriebe; als Brauch treibt er sich in der Gesellschaft herum. Von irgendwas abhängig muß der Mensch sein, wenn anders sein Leben zu leben für ihn nicht unerträglich, unmöglich sein soll. Doch nicht um das Wort dreht es sich hier, sondern um die Sache. Für uns Verbandsmitglieder wird nicht viel zu befürchten sein; solche Stoffproben haben wir schon einmal über uns ergehen lassen, und immer wieder- siegte die bessere Einsicht. Wir halten weder zum Weisen noch zum Waislinger. „An Ritters- und Frondienste begeben wir uns nicht; wir stehen frei“ zur Fahne des Verbandes!

Sachlich ist allerdings zu bedauern, daß anscheinend die Serpentinierungen unter den Arbeitern nicht zur Ruhe kommen. Während die Arbeitgeber, die in jeder Beziehung weiter auseinandersehen als wir, den Luxus der Spaltung sich nicht erlauben, tun dies die Arbeiter ohne Prüfung der „Bedürfnisfrage“ — lediglich des sogenannten Prinzipals halber!

Wenn der Krieg, so lange dauert, bis die Arbeiter allesamt geschelt werden — wer vermag zu sagen, wann er dann endet? Schon die Spaltung innerhalb sozialistischer Parteien ist keine erbauliche Erscheinung, auf gewerkschaftlichem Gebiete muß sie ganz unerbleiben.

Schwer in Einklang bringen mit dem als Allheilmittel hingestellten Versammlungsbesuch läßt sich der letzte Absatz des angezogenen Artikels, in welchem J. K. den merkwürdigen Vorschlag macht, „denjenigen, der nicht erkennen will, daß die Notwendigkeiten der Gegenwart tiefer liegen, wenigstens allein zu lassen“. Ich meine, ganz im Gegenteil! Wer aus immer welchem Grunde Weisheit stehende muß aus Ganze herausleben, für die Gegenwart (und Zukunfts-)notwendigkeiten zu interessieren versucht werden. Steht der Eigenbrötler oder Sonderbinder, daß seine Kollegen, deren Gesellschaft er bisher gemieden und mit denen Gemeinschaft zu pflegen er keine Neigung empfand, steht er, daß es anders und besser ist, als wie er bisher annahm, dann entschließt er sich wahrheitsgemäß dazu, die in der Regel nur dünnen und schwachen Mauern seiner Rekluse zu zerbrechen, seiner Abgeschlossenheit Vales zu sagen, wieder hinaus- und hineinzutreten in die Gesellschaft gleichgesinnter und gleichem Geschlechte unterworfenen Menschen. Er wird wie diese den seinen Kräften angemessenen Pack auf die Schultern nehmen und fassend oder fassend sein der Sorge nicht entbehrendes Leben leben. Das Leben in dieser herrschten aller Welten, deren „Schönheiten“ durch den Weltkrieg, dieser Ungeheuerlichkeit aller Zeiten, uns in so erschreckender Weise zum Bewußtsein gebracht worden sind.

Freiburg i. B.

A. H.

### Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Wiederherstellung privater, durch den Krieg unterbrochener Kranken- und Lebensversicherungen.

Der Bundesrat hat unter dem 20. Dezember 1917 eine Verordnung erlassen, die sich mit der Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen befaßt. Sind nämlich die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- oder Kranken-

versicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andre vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, nach Maßgabe besonderer Vorschriften genannter Verordnung die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu verlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsnehmers zurückzuführen ist.

Die Wiederherstellung muß bis zum Ablaufe von sechs Monaten nach der Beendigung des Krieges beantragt werden. Kommt zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer eine Einigung nicht zustande, so hat auf Antrag des Versicherungsnehmers das Amtsgericht seines Wohnortes über die Wiederherstellung der Versicherung zu entscheiden.

### Erhöhung von Invaliden-, Witwen- und Krankenrenten.

Durch Verordnung des Bundesrats vom 3. Januar 1918 sind die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten aus der Invalidenversicherung vorübergehend erhöht worden. Empfänger dieser Renten wird, wenn sie sich im Urlaub aufhalten, bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt. Vom 1. Februar 1918 erhalten nämlich die Invaliden- oder Krankenrentner monatlich 8 Mk., die Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente monatlich 4 Mk. als Zulage. Leider sind die vielen Kriegswaisen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Auch erhalten die Altersrentner und Invalidenempfänger eine solche Zulage zunächst nicht.

Wie verlaßt, sollen dagegen diejenigen Invalidenrentner, deren Erwerbstätigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenrentenempfänger herabgesetzt ist, demnach ähnliche Zulagen erhalten. Hoffentlich läßt man damit nicht allzu lange auf sich warten.

### Familienunterstützung neben Kriegserwerbsrente.

Nach einer Entscheidung des Reichsamts des Innern können Kriegserwerbs neben der Witwenrente eventuell noch Familienunterstützung erhalten. Zulässig würde dies in dem Falle sein, wenn die Witwe noch einen im Felde stehenden Sohn hat, der die Mutter bereits vor dem Eintritt in den Seeresdienst unterstützt hat und diese durch den Fortfall der Unterstützung nach der Einziehung des Sohnes in eine Notlage geraten ist. Der Reichskanzler hat die Bundesregierungen von der neuen Regelung, die die wirtschaftlichen Verhältnisse einer größeren Anzahl von Kriegserwerbsrentner verbessert, verständigt. Eine allgemeine Fortgewährung der Familienunterstützung an Kriegserwerbsrentner und Waisen, die noch andre Angehörige im Felde stehen haben, wird als nicht angedacht. In diesen Fällen soll die gemeinliche Kriegswohlfahrtsstelle bei Bedürftigkeit eintreten. So haben z. B. Hamburg und andre Städte den Kriegserwerbsrentner unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerung bereits entsprechende Teuerungszulagen zur Witwen- und Waisenrente bewilligt. Diese Zulagen betragen in Hamburg zur Zeit 10 Mk. für die Witwe und 5 Mk. monatlich für die Waisen.

M. Gildenberg.

### Correspondenzen

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehrgesellschaft.) In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 6. Januar gedachte Kollege Stern in ehrender Weise der bejahrten Tätigkeit untrug Kollegen Braun und Falke im Dienst untrug Sparte. Nach Beslagen unter lieben Tosen und Kenntnisnahme vieler Freipostgrüße gab Kollege Braun das Antwortschreiben bekannt, welches auf eine wohl begründete Eingabe seinerseits um Anerkennung der Maschinenlehre als Schwerstarbeiter von der staatlichen Berufungsstelle für Groß-Berlin eingegangen ist. Dasselbe lautet: „Nach den vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Grundrissen gehören die Buchdruckereien nicht zu den Betrieben, in denen gewisse Arbeitergruppen als Schwerstarbeiter anerkannt werden können. Wenn in einigen Kommunalverbänden, wie Sie angeben, Stereotypisten und Maschinenlehre als Schwerstarbeiter anerkannt sein sollten, so beruht dies auf besonderen örtlichen Regelungen, die den Kommunalverbänden bis zu einem gewissen Grade freigestellt sind. Die Groß-Berliner Kommunalverbände haben bisher derartige Regelungen nicht vorgenommen. Es kann auch nicht in Aussicht gestellt werden, daß solche in absehbarer Zeit vorgenommen werden. Nach Fortfall der Schwerstarbeiter-Zulage im Groß-Berliner Gebiete hat der Schwerstarbeiterbegriff für die Zulagen keine praktische Bedeutung mehr.“ Quartals- und Geschäftsbericht wurden genehmigt. Die Wahlen des Vorstandes, der Zentralkommission, der Technischen Kommission und der Revisionen gingen glatt und schnell vonstatten, da nur Ergänzungen notwendig waren. Zwei Neuaufnahmen. — Nächste Versammlung 3. Februar.

Schwab.-Gmünd. Die Generalversammlung des Ortsvereins fand am 6. Januar statt und war von fast sämtlichen Kollegen besucht. Von Monatsversammlungen fielen die meisten wegen Mangels an genügender Verhandlungsstoff aus, dagegen fanden mehrere Zusammenkünfte mit aus dem Felde beurlaubten Kollegen statt. Vertrauensmann Wenzelburger gab einen mit detailliertem Zahlenmaterial versehenen Rückblick und gedachte in ehrenden Worten untrug jüngsten gefallenen Kollegen. Im

ganzen Heben hier noch 16 Verbandskollegen, gegen 31 vor Kriegsbruch, und auch von diesen ist der größere Teil reklamiert und mitunter auch vom Felde beurlaubt. Kranke und Arbeitslose gab es im vergangenen Jahre keine, so daß die eingegangenen Wochenbeiträge fast ausnahmslos an die Bankasse abgeliefert werden konnten. Die Gelder der örtlichen Kasse wurden auch diesmal wieder ganz für die im Felde stehenden Kollegen verwendet. Die erhöhten Steuerzulagen wurden von den beiden am Orte bestehenden Zeitungen nach dem vom Larimate festgesetzten Satze anteilslos bewilligt. — Am 1. Januar d. J. konnte Kollege Jakob Wenzelburger auf eine fünf- und zwanzigjährige Mitgliedschaft im Verbandsrat zurückblicken, und seit September 1893 bekleidet er ununterbrochen das Amt als Vertrauensmann des Ortsvereins. Von der Mitgliedschaft ist aus diesem Anlaß im Monat September eine besondere Veranlassung geplant, um dem Subilar für seine vielen Verdienste um die Verbandsache während dieser langen Zeit eine besondere Ehrung zu erteilen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde fehlenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Wilhelm Koch (Barmen), Hugo Brauhuhn, Albert Grefer und Karl Simonowky (Berlin), B. Brandt (Breslau), Erich Baake (Dresden), Erich Bock (Erlurt), Hans Sauer (Hamburg), Paul Lorenzen (Kiel), Romeo Schiema (Leipzig), Kurt Boffe, Otto Keil und Heinrich Bollmann (Naumburg). Damit haben bis jetzt 4933 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die königliche Westpreussische Hofbuchdruckerei Sr. Kanter in Marienwerder hat die ihrem Personal vierzehn Tage vor dem Inkrafttreten der neuen Steuerzulage gewährte Zulage von wöchentlich 3 Mk. in die neuen Steuerzulagen nicht mit eingerechnet. Außerdem hat derselbe Inhaber als Weihnachtsgabe jedem verarbeiteten Angestellten einen Raummeter Holz zur Verringerung der Kohlennot geschenkt. 23 Personen kamen in Betracht. — Die Firma C. Giese in Bonn überreichte ihren Beihilfen je 100 Mk., den Beihilfen je 15 Mk. und den Einlegerinnen je 20 Mk. als Weihnachtsgeschenk.

**Buchdrucker im Gerichtsdiens.** In Leipzig fungiert als Geschworener wieder Kollege Karl Engelbrecht; als Schöffen sind berufen die Kollegen: Otto Dohrens, Willi Krabl, Georg Kreschmar, Felix Niederberger, August Köhl, Karl Römer, Karl Seibis. — In Hamburg wurde der Kollege Julius Sauer als Schöffe ausgelost.

**Materialbeschaffungstelle für das graphische Gewerbe.** Bei der Kampfeszeit des Deutschen Buch-

druckervereins in Leipzig wurde, wie wir der „Zeitschrift“ entnehmen, eine Materialbeschaffungstelle für das graphische Gewerbe errichtet, der außer dem Deutschen Buchdruckervereins folgende Verbände angeschlossen sind: Bund der chemographischen Anstalten Deutschlands, Verband Deutscher Buchdruckermeister, Deutscher Kupfer- und Zinkverleger, Verein Deutscher Schriftgießereien, Verband Deutscher Stein- und Buchdruckerverleger, Verein Deutscher Zeitungsverleger. Aufgabe der Materialbeschaffungstelle soll es sein, das Gewerbe mit allen einschlägigen Materialien zu versorgen, sei es durch Ankauf zwecks Weiterverteilung an die Mitglieder der angeschlossenen Vereinigungen gegen Erstattung der Selbstkosten einschließlich der anteiligen Verwaltungskosten, sei es durch Zuteilung der bedürftigsten bewirtschafteten Materialien während der Kriegszeit und Übergangswirtschaft, soweit hierzu im letzteren Fall eine Ermächtigung der betreffenden Regierungstellen erteilt wird. Zunächst bestehen folgende Abteilungen für die Beschaffung von Materialien: 1. Metallernährungsstelle für das graphische Gewerbe; 2. Webstoffstelle für das graphische Gewerbe; 3. Abteilung für Klebstoffe; 4. Beschaffungstelle für Briefumschläge; 5. Musik- und Beratungsstelle für Materialbeschaffung. Die neueste Materialbeschaffungstelle ist als dauernde Einrichtung auch für die Zeit nach dem Kriege gedacht und wird nach Bedarf und Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

**Verein der Deutschen Zeitungs- und Druckereibeamten.** In einer kürzlich in Hannover abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung wurde der Anschluß des Vereins an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände beschlossen.

**Verunglückt.** Der in Olaf beim Militär befindliche Schriftsetzer Richard Scholz aus Neudorf i. Schl. wurde bei einer Gefechtsübung durch eine explodierende Handgranate erheblich verletzt.

**Papier aus Seefang.** In Dänemark wurde ein Patent zur Herstellung von Papier aus Seefang erteilt. Der Erfinder (ein Gärtner), eine Papierfabrik in Kopenhagen sowie die kaiserliche Materialprüfungsanstalt Dänemarks sind zu der Feststellung gekommen, daß durch Mischung von Seefang mit einem kleinen Teile Papierstoff sich brauchbares Papier herstellen läßt. Die Erzeugungskosten sind infolge der billigen Seefanggewinnung geringer als jene anderer Papierarten. Auch Schweden hat bereits die Ausfuhr von Seefang verboten.

**Zeitbilder.** Eine in der Fürstentümlichen Druckerei in Nimitz hergestellte Zeitung brachte zu Weihnachten folgenden Stoßseiler: „Wegen Kohlenmangels heißt unsre Buchdruckerei mit allen Maschinen u. dgl., damit die Nummer überhaupt erscheinen kann. Wenn sie trotzdem nicht rechtzeitig erscheint, wollen dies die geehrten Leser entschuldigen.“ — Ein andres Zeitbild lieferte eine Zeitung in Brünn, wenn sie anständig, daß sie keine Zeitungs- und Makulatur verkauft, da sie nichtverkaufte Blätter von Geschäftsleuten eben so bezahlt erhält als unbedrucktes Papier.

**Ein „wackerer“ Oberbürgermeister.** Der Dessauer Oberbürgermeister Dr. Gehling hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, nachdem ihm in einer Gemeindefassung eine Reihe peinlicher Verfehlungen vorgehalten war. Das schämte daran ist ein Brief, den er an das Herzoglich Anhaltische Ministerium und das Generalkommando geschrieben hat: man möchte doch den Stadtvorordneten Paulsch, einen Redakteur des „Volksworts für Anhalt“, schleunigst einziehen, da er heftigste Artikel über die Lebensmittelversorgung und die Unterführung der Arbeiterfrauen schreibt. Paulsch ist dann auch schleunigst eingezogen worden und tut seit vielen Monaten Garnisondienst als Feldhüter und Posten im Gefangenenlager, während seine ausgedehnte gemeinnützige Arbeit in Dessau ungefallen bleibt. Das Vergehen des langjährigen Dessauer Oberbürgermeisters ist wirklich bedarf, daß er gut daran tut, schleunigst aus Amt und Öffentlichkeit zu verschwinden.

**Große Arbeitslosigkeit in Dänemark.** Von Tag zu Tag steigert sich die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark. Über 40000 Arbeiter sind bereits außer Lohn und Brot, davon 20000 allein in Kopenhagen. Da die meisten Arbeitslosen Familienverleger sind, haben über 150000 Männer, Frauen und Kinder in Dänemark mitten im Winter vor der größten Not. Die Arbeitslosen veranstalten, namentlich in Kopenhagen, große Demonstrationen, in denen faßliche und fälschliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung des Elends verlangt werden. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei tun ihr Bestes, um die Folgen des Übels möglichst zu lindern.

**Briefkasten.**

**P. O. in A.** Es ist alles zurückgekommen bzw. eingegangen; zur Prüfung der umfangreichen Arbeit war aber noch keine Zeit. — **S. E. 16:** Es ist uns nicht bekannt, daß Ihr Kollege, die sich in einem Heimataquarium befinden oder sich bei einem Großbatalion vorübergehend aufhalten, Arbeitsurlaub erhalten zu dem ausgesprochenen Zwecke der Vorbereitung und Ablegung der Meisterprüfung. — **D. M. in R. 1:** Das die Statistik betreffende wird berücksichtigt ohne die nachträglichen Ausstellungen; Korrekturen im Falle werden sehr teuer. 2. Über Mittelstandsarbeiten nichts Näheres bekannt; würde auch zu weit führen. 3. Briefe entsprechen erfolgt Benachrichtigung. 4. Ein auf andere Länder zurückzuführen gewesen. — **D. A. im Felde:** Betreffende Holz entkamme der Tagespresse. Es kann sich nur darum handeln, daß die neue Verfügung noch nicht bis zu der betreffenden Stelle gelangt ist. Bei der Langsamkeit, mit der St. Bureaukrasius arbeitet, wäre das kein Wunder. — **M. A. in Marienwerder:** 2,15 Mk. **D. W. in Hannover:** 2,30 Mk.

**Veranlassungskalender.**

**Breslau.** Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastikergeneralversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 1 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 12).  
**Dresden.** Stereotypen- und Galvanoplastikergeneralversammlung Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Schönau's Gasthaus, Kleine Plauenische Gasse 2. — **Berlin.** 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr.  
**Hamburg.** Hauptversammlung Sonntag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Holl.“  
**Wien.** Generalversammlung Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr, im „Volkshaus“.

**Von dem Deutschen Buchdruckerkalender 1918**  
sowie 1917, 1915 und 1913 können noch Bestellungen erledigt werden. Einzeln 75 Pf.  
**Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften**  
Leipzig, Salomonstraße 8. — Postfachkonto 53430

**Schriftsetzer**  
für sofort gesucht  
Kays Erben, Berlin SW 63, Zimmerstraße 29. [102]

**Schriftsetzer**  
und  
**Maschinenmeister**  
sofort gesucht.  
Mehner & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1. [21]

**Maschinenmeister**  
im Werkbuch bewandert, sofort gesucht. An-erleben mit Gehaltsansprüchen erbeten. [15]  
Hiersche Hofbuchdruckerei, Altensberg (S.-A.).

Sum sofortigen Eintritt fähigster, sachkundiger  
**Maschinenmeister**  
mit sämtlichen Arbeiten an Schnellpresse und Ziegel verfertigt, in dauernde Stellung gesucht.  
Mittelsbuchdruckerei der „Saargelung“, Saarbrücken (Rheinland).

**Maschinenmeister**  
finden bei uns sofort Stellung.  
Gödmannsche Buchdruckerei in Hannover. [107]

**Monotypgießer**  
eventuell auch Kriegsbeschäftigte, sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lohnforderungen an die  
Spamer'sche Buchdruckerei, Leipzig. [101]

**Süchtige Schriftsetzerin**  
sucht für beständige dauernde Beschäftigung.  
75 Schriftsetzerei Hirsch, Frankfurt a. M.

**Maschinenmeister**  
für die Schnell- und Ziegeldruckpresse sucht sofort Stellung. Angebote an  
Bruno Busar, Estlin, Heinrichstraße 41 III. [103]

**Mhlen und Binzenfen** sowie alle Werkzeuge für Setzer u. Drucker empfiehlt H. Siegl, Leipzig-A., Altenstraße 17 B. Katalog un berechnet und frei.

**Begleiter für Schriftsetzerlehrlinge**  
Kürze Hinweise zur Sachverstellung für die tägliche Praxis mit einigen Beispielen von S. Müller. 1,10 Mk. Verband d. Deutsch. Typographischen Gesellschaften, Leipzig, Salomonstraße 8. — Postfachkonto 53430

**Maschinensetzerausbildung**  
Sonderkurse an Typographiemaschinen Handwerker- und Kunstgewerbeschule Abteilung Graphische Fachschule — Barmen

**Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung Stolze-Schrey** (gegr. 1909)  
zur Pflege und Förderung in der Stenographie. Der Krieg hat gezeigt, von wie großer Bedeutung die Kenntnis der Stenographie ist. Jeder Stenographieliebende Kollege sollte daher der Vereinigung beitreten. Näheres durch [59]  
W. Meißner, Breslau 9, Brillantental 19.

**Typographische Fachliteratur** und Werbblätter für Setz- und Druck beziehen Sie vorzuzuglich von Graph. Verlag H. Siegl, Leipzig-A., Altenstraße 17 B. — Katalog un berechnet und frei.

**Verkaufbare Werkzeugkasten**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Bolz, Leipzig-Götterich, Papierenmühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [758]

Nach langem, schwerem Leiden verschied Sonntag, den 13. Januar, unser lieber Kollege, der Drucker [106]  
**Ernst Richter**  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen der Firma Julius Altkhardt, Leipzig.

Am 8. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer [99]  
**Heinrich Diefen**  
aus Rathen (Kreis Aschendorf), im Alter von 42 Jahren.  
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm  
Der Bremer Buchdruckerverein.

Am 9. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager unser werter Mitglied, der Schriftsetzer [94]  
**Gustav Zmijewski**  
im Alter von 57 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird diesem braven Kollegen jederzeit bewahren  
Ortsverein Marienwerder.

Am 9. Januar verstarb nach 188-tägigem schweren Leiden unser werter Mitglied, der Setzer [98]  
**Wilhelm Rauber**  
aus Döhlen, 50 Jahre alt.  
Am 10. Januar verstarb infolge einer Blinddarmerkrankung unser werter Mitglied, der Drucker [96]  
**Fritz Scheurle**  
aus München, 22 Jahre alt.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Wiederum haben wir durch den Krieg einen lieben, jungen Kollegen verloren, und zwar den Maschinensetzer [96]  
**Karl Busch**  
aus Edwarden (Kreis Odenburg).  
Nach diesem Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahrt  
Die Maschinensetzervereinigung im Gau Hannover (Sitz Hannover).

Wiederum haben wir den Verlust eines braven Kollegen zu beklagen. Auf dem Schlachtfeld starb der Setzer [99]  
**Matthias Schumacher**  
aus Falkenberg bei Blnz.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Ortsverein Magdeburg.

In diesem Kriege verloren wir wieder zwei liebe Kollegen, am 23. Oktober fiel der Setzer [95]  
**Heinrich Bisse**  
aus Probkhan und am 12. November der Setzer [95]  
**Wilhelm Verleih**  
aus Breslau.

Am 10. Januar verstarb nach längerem Leiden unser werter Mitglied, der Drucker-invalide [95]  
**Karl Volkmann**  
aus Breslau, im 66. Lebensjahre.  
Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Ortsverein Breslau, Breslauer Buchdruckmaschinenmeisterverein.

Nach nur kurzer Krankheit verschied am 26. Dezember unser liebwertester Kollege, der Setzer [100]  
**Adolf Schwager**  
aus Aeresheim.

Ferner erlitt den Heldentod Anfang Mai v. J. in einem Feldlazarett im Westen unser lieber, junger Kollege, der Setzer [96]  
**Franz Dolpp**  
Musikler in einem Inf.-Reg.  
Wir freuen und erstigen Mitgliedern bewahren ihnen ein ehrendes Andenken  
Bezirksverein Oberhausen, Mitgliederschaft Ravenswab.